

- Andreas Hoffmann
Gestern, 17:03
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:45
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:44
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:45
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:44
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:44
Gelöscht: der Schule
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:45
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:46
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:58
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:46
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:59
Formatiert: Unterstrichen, Fett
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:47
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:48
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:49
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:49
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:50
Gelöscht: wissenschaftlic
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:50
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:51
Gelöscht: h
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:51
Hinzugefügter Text
- Andreas Hoffmann
Gestern, 16:52
Gelöscht: Das Rucksackprinzip gilt für jedes Kind mit

Ergebnisprotokoll

Gespräch mit Andreas Hoffmann, MdL, Mitglied des Schul-, Kultur- und Sportausschusses zum Thema „Inklusion in der Schule“
10.3.2010 im Landtag Baden-Württemberg

Anwesende: Andreas Hoffmann MdL, Klaus Schüle MdL (zeitweise), Michaela Riedinger, Simone Schreiber, Philipp Riedel

Herr Hoffmann schildert die Eckpunkte für die Umsetzung der Empfehlungen des „Expertenrates“, die allerdings noch abgestimmt und weiterbearbeitet werden müssen:

- Eltern haben freies Recht auf die Wahl zwischen einem gleichwertigen Regel- und einem Sonderschulangebot. Nur die Entscheidung der Eltern zählt, sofern das Wohl des Kindes gewahrt wird und ein eine integrationswillige und integrationsfähige Regelschule zur Verfügung steht und es nicht zu einer Einzelinklusion dort kommt.
 - Es wird nicht jede Schule zur Inklusionsschule, sondern es soll wohnortnahe Angebote in allen Regionen geben. Wir wollen keine Einzelinklusion.
 - Die Entscheidung wird im Rahmen der Bildungswegekonferenzen gefällt
 - „Ein Kampf ist nicht mehr nötig“ (Herr Hoffmann)
- Zukünftige Wahlmöglichkeiten
 - Inklusive Schulkassen
 - Sonder-/Förderschulen
 - Außenklassen oder Kooperationsklassen wird es im herkömmlichen Sinne nicht mehr geben, sobald die Voraussetzungen für Inklusionsangebote in der einzelnen Region umgesetzt sind.
- Modellschulen (Empfehlung des Expertenrates) werden nicht eingerichtet.
 - Alle geeigneten Schulen in Baden-Württemberg können sich frei entscheiden, inklusiv zu arbeiten; „ein Zwang dazu wird es aber nicht geben“ (Herr Hoffmann) – wir wollen allerdings keine Einzelinklusion, sondern es sollen immer mehrere Kinder mit Förderbedarf an einer Schule sein
 - Unterschieden wird bei den inklusiv arbeitenden Schulen nur noch darin, ob die Umsetzung, wie z.B. die Zusammenarbeit mit der Eingliederungshilfebehörde und dem Jugendamt, begleitet wird (evaluiert) oder nicht
- Sonderschulen bleiben als „Bildungs- und Kompetenzzentren“ erhalten
 - Rückschulmöglichkeiten
 - Fortbildungszentren für die Sonderpädagogik
 - Und eigenes Schulangebot (Wahlangebot)
- Der Sonderförderbedarf wird für jedes Kind abgestimmt und an die Regelschule übertragen – der Sonderförderbedarf wird regelmäßig (Jahresabstand?) überprüft und angepasst.
 - die Pädagogischen Stunden, die mit in die inklusive Schulen mitgebracht werden
 - den Sachkostenzuschuss (dies ist das Ziel, muss aber in jedem einzelnen Kreis geklärt werden)
 - Eine Einzelintegration ist nicht vorgesehen
- Fortbildung und Betreuung der Schulen
 - In jedem Schulamt soll es eine Fachkraft geben, die die Belange der Inklusion koordiniert. In die Curricula der Lehrerbildung werden Themen der Inklusion fest integriert

Zeitplan:

10.3.: Der Schulausschuss diskutiert die Ergebnisse mit Kultusministerin Schick
11.3.: Das Thema ist Tagungsordnungspunkt 4 bei der Plenardebatte (14 Uhr)
Der Zeitplan wurde von Frau KMin Schick in der Plenardebatte umrissen – es geht um eine möglichst rasche Umsetzung noch 2010, aber Qualität geht vor Geschwindigkeit

Herr Hoffmann trägt die Bitte der Eltern an Frau Ministerin Schick um einen Gesprächstermin heran.

Andreas Hoffmann
Gestern, 16:56
Hinzugefügter Text

Herr Hoffmann sieht in diesem Entwurf eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum alten Verfahren. Er plädiert dafür, diesen Entwurf in die Praxis zu implementieren. Auf einen Vorschlag, die Sonderschulen gleich abzuschaffen – Hoffmann: Nein, sonst haben wir kein Wahlrecht, sondern wieder nur ein Angebot. „Wenn nach 5 Jahren alle Eltern von ihrem Wahlrecht nach inklusiver Beschulung Gebrauch machen und die Sonderschulen leer bleiben, dann werden sie eben geschlossen“.

Andreas Hoffmann
Gestern, 16:57
Hinzugefügter Text

Herr Riedel bringt zum Ausdruck, dass das freie Wahlrecht nur dann frei ist, wenn es zur Sonderschule ernstzunehmende Alternativen gibt in Hinsicht auf:

- pädagogischer Unterstützung (Ressourcen-Ausstattung)
- sonstiger Unterstützung (räumliche und technische Ausstattung) in der Regelschule

Ansonsten fange der Kampf um Inklusion von neuem an.

Herr Hoffmann versichert, dass die Lösungen nicht darauf angelegt seien, eine Schlange von Gerichtsverfahren zu provozieren. Außerdem gehe es der CDU um das Wohl eines jeden einzelnen Kindes.

Im Gespräch nicht geklärt wurden unter anderem die Fragen:

- Bekommen inklusive Klassen einen Mindestausstattung an sonderpädagogischen Stunden
- Wie groß ist der „Rucksack“ eines jeden Kindes mit Sonderförderbedarf (innerhalb welchen Rahmens liegt die Stundenzahl)
- Wie groß sind inklusive Klassen – wo liegt der Klassenteiler?

Andreas Hoffmann
Gestern, 16:58
Gelöscht: dürfe

Herr Hoffmann sieht, dass ein „Doppelsystem“ einen höheren Finanzbedarf hat, bringt aber zum Ausdruck, dass dies durchaus „etwas kosten“ könne. Dies sei noch nicht absehbar.

Andreas Hoffmann
Gestern, 16:58
Hinzugefügter Text

Herr Hoffmann sichert zu, für Fragen weiterhin zu Verfügung zu stehen. Für ortsrelevante Themen stünde auch der Abgeordnete des Wahlkreises und stellvertretender Fraktionsvorsitzende Klaus Schüle zu Verfügung.

Die Eltern bedanken sich für das Gespräch und bringen zum Ausdruck, dass sie den von der CDU vorgeschlagenen Neuerungen mit Hoffnung entgegen sähen.